

Bezugspreis:

Für den Monat Mai 1923 M. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 18. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Auftakt zum Weltkongress.

Hamburg, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Exekutivkomitee ...

Von Southampton sind Donnerstag früh eine Anzahl hervorragender Mitglieder ...

Um das neue Angebot.

Das neue erweiterte Angebot der gegenwärtigen Reichsregierung ...

Die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands erfordert eine möglichst schnelle eingehende Ausarbeitung ...

Vorläufig nur einige Winke, wie der deutsche Besitz garantieren und zahlen könnte: Industrie, Gewerbe, Handel, Bank- und Verkehrsweisen ...

Wacht sich die Reichsregierung diese Grundtendenzen in ihrem Angebot zu eigen, dann darf sie sicher sein, daß das Inland in seiner Mehrheit hinter ihr steht ...

Die Wahrung des „Soz. Parlamentsdienstes“, mit der Politik der Zweideutigkeiten aufzuhören, ist insofern berechtigt, als verschiedene Berliner Blätter eine Mitteilung veröffentlichten ...

Das Sachwort sagt: Durch Schaden wird man klug. Nach den Erfahrungen, die mit dem ersten Angebot gemacht wurden, müßte man jedoch erwarten, daß die verantwortlichen Stellen klüger geworden sind ...

Zu Pressenotizen über einen Besuch des Reichsleiters ...

London, 17. Mai. (E.P.) Wie die „Westminster Gazette“ zu wissen glaubt, wird die deutsche Regierung in ihrem nächsten Vorschläge eine höhere Reparationssumme anbieten ...

aber über eine größere Anzahl von Jahren verteilt werden. Die Rote werde außerdem die fortschreitende Räumung des Ruhrgebiets fordern ...

Hughes gegen den jetzigen Völkerbund.

Washington, 17. Mai. (E.P.) Staatssekretär Hughes gab gestern eine Erklärung über den Völkerbund ab, wobei er zum Ausdruck brachte, daß die bisherige Tätigkeit des Bundes ein Fehlschlag sei ...

Neue Sprengungen.

Saarbrücken, 17. Mai. (W.B.) Die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet aus Trier: In der Nacht zum 14. Mai wurde auf dem Bahnkörper bei Föhren eine Sprengung versucht ...

Düren, 17. Mai. (W.B.) In der Nacht zum 16. Mai wurde bei Herzogenrath eine neue Minensprengung auf der Eisenbahnstrecke Düren-Nachen vorgenommen ...

Raubzüge.

Münster, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Essen haben die Franzosen heute morgen die Privatwohnungen des Bergwerkdirektors Engelmann vom Essener Steinkohlenwerk und Wästenhauer von der Wolfbank ...

Französischer Kohlenoptimismus.

Paris, 17. Mai. (E.P.) Der Korrespondent des „Intransigent“ in der Ruhr teilt mit, daß die französische Besatzungsbehörde hofft, noch während 200 Tagen täglich je 10000 Tonnen Kohls und 15000 Tonnen Rohle aus der Ruhr auszuführen ...

Polen und Danzig.

Die offizielle polnische Telegraphenagentur meldet: Außenminister Strzyński, der in seinem Exposé als die allerwichtigsten Fragen die Hafenfrage, das Zollwesen und die Behandlung der polnischen Bürger in Danzig bezeichnet hat ...

Die Paulskirche.

Eine Erinnerung an den 18. Mai 1848.

Von Franz Kaufstätter.

In der bürgerlich-revolutionären Bewegung des Jahres 1848 lassen sich zwei Willensrichtungen deutlich unterscheiden: der Wille zur Freiheit und der Wille zur Einheit ...

Am 18. Mai 1848 traten die gewählten Vertreter des deutschen Volkes in einer Stärke von rund 600 Mitgliedern in Frankfurt, der alten Reichsstadt, zusammen ...

Zunächst handelte es sich um die Rechte und Befugnisse der Nationalversammlung. Allerdings hatte das Vorparlament in seinem Aufrufe gesagt, daß die zu wählende Versammlung „einzig und allein, als die einzig berechnete Vertretung des deutschen Volkes“ das Recht habe ...

Die erste Aufgabe der Versammlung war die Schaffung einer Reichsverfassung im Geiste der Neuzeit, die einerseits jedem Deutschen das größtmögliche Maß von Freiheit und Selbstbestimmung gegenüber den Organen des Staates gewährleisten sollte ...

Bei der Aufgabe, dem neuen deutschen Reich eine staatsrechtliche Unterlage zu geben, kam es zu großen, schwer überwindlichen Schwierigkeiten. Der von der linken Seite des Hauses gestellte Antrag, die deutschen Fürsten zu beseitigen und eine Republik zu errichten, wurde abgelehnt ...

Inzwischen hatte die Nationalversammlung zum einstweiligen Träger der Exekutivgewalt den Erzherzog Johann von Oesterreich gewählt, der die Wahl annahm und am 10. Juni 1848 feierlich in Frankfurt einzog ...

treter des Kaisergedankens stehen nicht locker. Sie brachten es fertig, daß die Wahl des Erbkaifers auf den 28. März 1849 anberaumt wurde. Die Versammlung zählte damals 567 Mitglieder, von denen 29 fehlten. Von den Anwesenden enthielten sich 248 der Abstimmung, die übrigen 290 Mitglieder stimmten für den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., den Romantiker und Frömmel auf dem Throne. Der Präsident Eduard Simon, der Gögern abgelehnt hatte, verkündete die Wahl und schloß mit den Worten: „Gott sei mit Deutschland und seinem neugewählten Kaiser!“ Ein dreifaches Hoch auf den Erbkaifer durchbrauste den Raum, die Glocken begannen zu läuten und die Kanonen donnerten in das Gefäute.

Die Feierstimmung dieses Tages hielt nicht lange vor, denn als am 3. April eine Deputation in Berlin erschien und dem König die Kaiserkrone anbot, lehnte dieser sie in hochtrabenden Worten ab, weil er aus den schmutzigen Händen der Revolution eine Krone nicht entgegennehmen könne. Damit war das Schicksal der 48er Revolution entschieden, der Traum von des neuen deutschen Reiches Herrlichkeit war ausgeträumt. Als die Deputation den Bericht erstattete, legte sich eine Stimmung der Verzweiflung über die Versammlung. Nur wenige pflanzten noch am Grabe die Hoffnung auf, und der Sprecher, der hervorragende Rechtsgelehrte Karl Welcker, kleidete diese Hoffnung in die Worte: „Wohl hängen draußen eiskalte Wolken über dem Frühlingshimmel und drohen die Blüten zu vernichten. So ist es auch mit unserem politischen Frühlingshimmel. Aber ebenso gewiß wird auch die Sonne der Freiheit und der Ehre des Vaterlandes wieder hervorbrechen aus den Wolken der Kabinette.“ Einweilen und bis auf weiteres war die Versammlung dem Untergange geweiht: die allermeisten Abgeordneten kehrten verstimmt und enttäuscht in ihre Heimat zurück, die preußische Regierung erklärte die Mandate ihrer Landeskinder schiantweg für erloschen, und so blieb nur noch ein Rumpparlamment übrig, das zuletzt ein unrühmliches Ende fand.

Wenn die Nationalversammlung in der Paulskirche und damit die 48er Revolution ausging wie das Hornberger Schießen, so liegt die Ursache hieran in dem Mangel an Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen des deutschen Bürgertums und seiner Führer. Es fehlte an dem Mannesmut der eigenen Ueberzeugung, an der klaren Einsicht in die politischen Notwendigkeiten, an der Entschlossenheit und Tatkraft, dem revolutionären Willen Nachdruck zu verleihen. Die Führer glaubten nicht an das Bürgertum und darum suchten sie Hilfe bei den Fürsten, und als diese Hilfe ausblieb, brach der Bau zusammen. Diese Unentschlossenheit und Zaghastigkeit ist noch heute die charakteristische Eigenschaft des deutschen Bürgertums, noch heute haben weite bürgerliche Schichten kein Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft, weshalb sie den monarchistischen Rattenfängern ins Garn gehen. Weil das revolutionäre Bürgertum des Jahres 1848 verlagert hat, hat das deutsche Proletariat das Erbe angetreten, es hat eine Republik geschaffen und eine Verfassung, deren Grundlage der Freiheit- und Einheitsgedanke ist. Und diese seine Schöpfung wird es gegen Monarchismus und Militarismus, gegen Reaktion und Partikularismus mit allen Mitteln verteidigen. Der Verschönerungsstakt von rechts und von links tritt die Sozialdemokratie entschieden und nachdrücklich entgegen, sie glaubt an die eigene Kraft und weiß, daß dem deutschen Volk kein Gott und kein Fürst helfen kann, wenn es sich nicht selbst hilft.

„Der Geist der Paulskirche“.

Unter diesem Titel erscheint im Verlage der Frankfurter Sozialitäts-Druckerei eine Auswahl aus den Reden und Verhandlungen des Paulskirchensparlaments. Aus der reichen Sammlung geben wir einige heute wieder besonders aktuelle Stellen wieder:

Das Recht der Jugend.

Moeth Hartmann von Leitmeritz: ... Man weiß, mit welcher vollen Herablassung immer die Herren Professoren auf die Jugend herabsehen; denn sie sind gewohnt, sie unter sich zu sehen und zu

unterrichten. Auch sind es nicht immer die Professoren, die das werdende, die Zukunft erkennen; sie achten gewöhnlich nur das Gewordene, Fertige, das Lote, das Mittel Die, welche von den Professoren wegen ihrer neuen Systeme und Theorien verachtet und verfolgt werden, die geben den Professoren der Zukunft erst Gelegenheit zu neuen Abstraktionen und neuen Theorien. Man hat ihnen gesagt, schließen Sie die Arbeiter und Armen nicht aus. Sie machen damit einen Schnitt ins Volk, Sie treiben die ausgeschlossenen Klassen zu einer neuen Revolution. Dies gilt nicht ganz von der Kraft der Jugend, die man ausschließt, aber doch teilweise und gemessen; denn diese Jugend, die ausgeschlossen ist von der Versammlung des Volkes, wo sie kein Wort mitprechen kann, diese wird, wo sie nicht auf der Tribüne mitreden kann, auf dem Barrikaden ihre Blöße suchen. Schließen Sie die Jugend nicht aus, die die Götter der Zukunft auf ihrem Borde tragen! ...

Reichsrecht bricht Landrecht.

Antrag des Abgeordneten Johann Peter Werner von Koblenz: „Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wünschen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerte nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, — ihrer die dahin bestehenden Wirksamkeit und Befähigung.“

(Die Versammlung erhebt sich mit einer an Einheitsliebe grenzenden Majorität. Somit es zu übersehen, verbleiben nur 7 bis 9 Abgeordnete auf den Seiten. Unhaltendes Brausen, Hoch- und Hurraufen und Handklatschen in der Versammlung und auf den überfüllten Galerien.)

Das Elend der Kleinstaaterei.

G. Fr. Ph. Möller aus Oldenburg: „Vor allem ist der Drang nach Einheit erwacht, er hat sich lange gezeigt in unzähligen Vereinen, welche die engeren Grenzen der kleineren Staatsgebiete überschreitend, durch ganz Deutschland sich die Bruderhand gereicht haben. Mit dieser Einheit ist es unverträglich, daß Deutschland in so viele kleine Staatsgebiete zerfällt und zerfallen bleibe ... Wo in einem großen Staate zwei bis drei Beamte hinreichen, ein solches Gebiet zu verwalten, da fordern die Verhältnisse dort zwanzig bis dreißig. Diese sollen das Feld der Wirksamkeit unter sich teilen; sie finden keine Arbeit. Sie müssen sich die Arbeit schaffen. Dabei die unendliche, nutzlose Verdünnung aller Geschäfte. An die Stelle des lebendigen Wirkens treten künstlich geblaute, aber tote Formen. Statt die Verhältnisse sich entwickeln zu lassen, statt nur da einzugreifen, wo diese sich verwickeln, oder wo die Natur nicht ausreicht, übernehmen die Regierungen selbst die Rolle der Natur; sie mischen sich in alles; sie regieren in alles hinein; sie überwachen das Größte wie das Kleinste; was jeder einzelne selbst zu tun vermag und selbst gern tun möchte, wird von Staats- und Regierungen wegen angeordnet. Daher steht das Volk unter ihrer beständigen Vormundschaft.“

Man spricht so viel von der Bureaucratie in Preußen. Wenn man sie in ihrer ganzen schmerzenden Schärfe sehen will, so muß man sie in diesen kleinen Staaten anschauen. Hier gliedert sie sich von dem Fürsten bis zum kleinsten Subalternbeamten herab zu einem großen Netz, welches sich über das ganze Land ausbreitet; unter seiner Decke weilt alles Leben; jede freie Bewegung wird gehemmt und beschränkt; hier bildet die Bureaucratie eine geschlossene Phalanx, eine Kaste, welche fremd und fast sich vom Bürgertum abschneidet; sie hat nur ein Ziel, nach oben hin demütig und unterwürdig zu gehorchen, nach unten hin starr und streng zu befehlen ... Sie hat nur eine Aufgabe: die Kleinsten fürstlichen Privilegien zu schützen und ihnen gegenüber auch die heiligsten Rechte des Volkes, wenn sie mit ihnen Privilegien in Konflikt geraten, zu schmälern und zu unterdrücken. Da ist kein Raum der Freiheit; kein Nationalgefühl beweget die Brust. Der Name Deutschland ist dort ein totes Wort, das Wort Vaterland ohne Klang und Bedeutung.“

Ankunft der Deutschösterreicher.

Frankfurt a. M., 17. Mai. (M.B.) Die zur Teilnahme an der 75-Jahr-Feier der Eröffnung des Frankfurter Parlaments heute früh hier eingetroffene deutschösterreichische Parlamentsabordnung, unter der sich auch die beiden Präsidenten des Nationalrats, Dinghofer (Großdeutsch) und Seig (Sog.), befinden, wurde um 10 Uhr im „Römer“ durch den Oberbürgermeister Dr. Voigt begrüßt, der in einer Ansprache an das Wort Ustlands

erklärte, daß Deutschösterreich nicht als die Laterne für den Dorn sei, sondern in weit höherem Maße berufen sei, die Pulsader im Herzen Deutschlands zu sein. Die Geschichte sei zwar einen anderen Weg gegangen, als man damals gehofft habe, aber die Sympathie zwischen den beiden Völkern sei die gleiche geblieben. Mit besonderer Wärme hob der Oberbürgermeister die engen Beziehungen hervor, die stets zwischen der Stadt Frankfurt und Oesterreich, besonders zu Wien, bestanden haben. Im Namen der deutschösterreichischen Abordnung erwiderte Präsident Seig, der dem lebhaften Beifall darüber Ausdruck gab, daß es 1848 nicht zu dem ersehnten Großdeutschland gekommen sei. Gerade in der jetzigen Zeit, in der Deutschland unter einem so starken Druck stehe, nehme Oesterreich den lebhaftesten Anteil an seinem Geschick. Das Glück der beiden Länder bedinge es, daß die Zukunft sie eng aneinanderschleife. Die Gäste befristigten dann unter sachkundiger Führung die Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Agrarische Demagogie.

Um den Großgrundbesitz.

Der sozialdemokratische Antrag zur Bodenreform hat die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Großgrundbesitzes, vollkommen außer Fassung gebracht. Indem sie ihren Lesern nur Bruchstücke aus dem Vorschlag mitteilt, glaubt sie feststellen zu können, daß die Idee des Antrages die „Sozialisierung des Grund und Bodens“ sei, daß durch sie die Produktion zurückgehen müsse und daß also der Vorschlag nichts anderes als eine großzügige Organisation des Hungereulens bedeute. Die Erregung ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß mit einer Bodenpolitik, wie sie die Sozialdemokratie verlangt, den Magnaten, die das Agrarierorgan bezahlen, die Alleinherrschaft über ihren riesigen Besitz entzogen würde.

Das arbeitende Volk in Stadt und Land, der landhungrige Siedler und der rechtschaffen tätige Bauer wird den Sinn unseres Antrages besser verstehen als es die steupellose Demagogie des Landbundes glauben machen will. Vor allem wird ihm auffallen, daß nur ein Teil des Eigentums derjenigen Großgrundbesitzer von der Enteignung bedroht ist, die ihren ganzen Besitz unmöglich bewirtschaften können und daß darüber hinaus in der Landwirtschaft die Vorbedingungen zu einer gemeinschaftlichen Produktionspolitik in der Landwirtschaft geschaffen werden sollen. Das und die tatkräftige Siedlungs-politik, die von den Großagrariern planmäßig und mit allen Mitteln bekämpft wird, ist natürlich den Hütern des heiligen Großgrundbesitzes mit ihren Oldenburg-Janusauern, die selbst während des Krieges die Hungerblockade gegen das deutsche Volk ankündigten, schon eine kleine Heze wert.

Aber es wird den Agrariern nicht helfen. Früher oder später wird das Bodenmonopol der Großgrundbesitzer zusammenbrechen; es nicht in der Weise zusammenbrechen zu lassen, daß für die Produktion ungeheurer Schaden entsteht, sondern auch die Agrarwirtschaft in diejenigen Formen überzuführen, die durch die Fortentwicklung von Wirtschaft und Technik vorgezeichnet sind, ist Ziel und Aufgabe der Sozialdemokratie. Wollten die Agrarier sachlich daran mitarbeiten, so würde ihr Rat wohl zu beachten sein. Es handelt sich in dem Antrag doch um Richtlinien, nicht um fertige Paragrafen. Aber an dem Grundgedanken und an den Zielen dieser Richtlinien ist nicht zu rütteln! Statt aber an ihrer Ausgestaltung mitzuarbeiten, stellt sich die „Deutsche Tageszeitung“ hinter die wenigen Großgrundbesitzer und verteidigt um jeden Preis deren Privilegien. Man merkt ihr leider nur zu deutlich die Furcht an, sie könnte den Aft abfagen, auf dem sie sitzt!

Demokratie und Deutsche Volkspartei. In der reaktionären Presse erhält sich seit einiger Zeit das Gerücht aufrecht, daß eine Verschmelzung der Deutschen demokratischen und der Deutschen Volkspartei bevorstehe. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ dementiert diese Gerüchte kategorisch. An ihnen sei kein wahres Wort.

Konzerte.

Von Kurt Singer.

Das Rosé-Quartett stellt sich wiederum an den Schluß der Saison, und diesmal mit lauter klassischen Werken von Beethoven bis Brahms. Auch die kleineren Abteiler Wendelsjohn und Schumann sind zur Stelle, und hier merkt man, daß unter solchem Künstlerhauch Staub fortfliegt, und daß auch Verblaßtes wieder Farbe bekommt. Man muß alle Namen dieser erlesenen kleinen Schar nennen: neben Rosé, dem würdigen, etwas gealterten, im Strich jugendlich-gelenken, im Fühlen reiflichen Geiger noch Joachim der schmieglamste Paul Fischer, dessen Ton sich reibungslos, sinnlich geladen, zurückhaltend und doch ausdrucksstark der ersten Geige einfügt. Anton Kuzitska, dessen Viola keine Schwierigkeiten kennt, der sie mit singender Bereitschaft ansprechen läßt, und Anton Walter, der am Cello höchst zuverlässig, wenn auch nicht immer tonedel das Ganze führt. Was gespielt wird, hat den Stempel des Schönklingenden, des weich und wienerisch Gebeteten an sich. So Haydn D-Dur, Mozart C-Dur. Die letzte Akluratesse, die selbst in Aktempausen, Fäsuren, Strichmanern, und die vollends in der motivischen Phrasierung zutage tritt, läßt erkennen, daß hier aus intensivstem Studium gemeinschaftliches Stillsitzen geboren wurde. Jeder ein Eigener, und doch, sichtlich unter Rosés geistiger Führung, eine musikalische Einheit in jeder Note, jeder Pause, jedem Gedanken. Man kann sich manches im Op. 131 von Beethoven herber, weiträumiger, von der Erde losgerissen denken. Aber einmal müssen die Rosés in dem barbarischen Saal der Philharmonie mit Nachdruck spielen, um überall gehört zu sein; und dann gibt es für diesen letzten Beethoven keine Ausführung, die überhaupt das Ideal dieser optisch und akustisch vorgestellten Partitur erreicht. Rosés kommen im Op. 127 und 131 diesem Ideal nahe. Und sie zwingen auch Menschen, die etwa einem großen, rätselhaften Wunder gegenüberstehen, zur tiefsten Demut vor dem Genius. Das ist Kulturarbeit. Mit Dank im Herzen grüßt, huldigt man dem Rosé-Quartett immer wieder. Es war herrlich!

Unterbesen verläumt man den Meos-Abend; die letzten Minuten lassen wenigstens die Quartettgenossen Hindemith, Kmar aus Frankfurt als erstarrig erkennen. Sie legten sich für Hindemith und Bouris ein.

Julia Menz spielt zuerst auf einem richtigen Flügel; und da offenbar sie (in den Czalka-Variationen Beethovens) Mangel an Technik und Mächtigkeit. Dann geht sie sich an das Bach-Klavier, ein Cembalo mit modulationsfähigen Ton aus der Münchener Werkstatt Mändler-Schramm. Es scheint hier eine Kombination von Klavier und Hammerklavier vorzuliegen. Durch Pedal und Schweller können Akkorde und Töne durchgehoben werden, während ohne Verschlebung der Zupfcharakter gewahrt bleibt. Fräulein Menz zeigt, daß man auf diesem Instrument sehr vollgriffig sein darf, der Ton hallt gut nach, was allerdings auch keine bösen Seiten

hat. Für das Einzelspiel scheint mir das Steingräber-Cembalo das bessere, für Rezitativuntermauerung in Oratorien und zu Ensemblespiel (mit Geige, Gesang) das Bach-Klavier ausdrucksvoller, fatter, geschmeidiger. Julia Menz war ihrer Sache ein guter Anwalt, sie spielte Bach (Vater und Sohn) mit bester Schattierung der Stimmungen, mit Geschmeid und guter Fingerfertigkeit.

Die Stätte der ersten deutschen Nationalversammlung. In Frankfurt a. M. und darüber hinaus im ganzen republikanischen Deutschland wird heute die Erinnerung gefeiert an das erste deutsche Reichsparlament, das dort vor 75 Jahren eröffnet wurde. Die Saat der Märzrevolution war schnell ausgegangen, eine Fülle von geistig bedeutenden Köpfen fand sich hier zusammen. Zum ersten Male wurden die Geschicke des deutschen Volkes von seinen erwählten Vertretern beraten und gelenkt. So ist — trotzdem die Reaktion nur zu bald wieder die Oberhand gewann — die Erinnerung an diese souveräne Volksrepräsentanz doch einer der wenigen Lichtblicke in der trüben deutschen Geschichte.

Der Festakt wird an der Gedächtnisstätte dieses Parlaments — in der Paulskirche — stattfinden, und so werden einige Erinnerungen an sie willkommen sein. Heinrich Laube, selber Mitglied der Nationalversammlung, schildert das eigenartige Sitzungslot:

Die Paulskirche ist ein runder Tempel, dessen Mittelgrund ringsum durch Säulen abgegrenzt wird. In diesem Mittelgrunde stehen auf Kirchenbänken die ersten deutschen Volksovertreter, gegen Mittag schauend auf eine Rednerbühne in Gestalt einer Kanzel, auf eine Präsidentenstuhlfestplatte hinter dieser Kanzel, auf rote Vorhänge mit Schwarz- und Gold gestreift und mit dem zwelfköpfigen Reichsadler geschmückt hinter dieser Estrade, und auf ein romantisches Bild der Germania, hoch, hoch über dem Präsidenten, ein Bild voll strenger Unschuld oder geringer Kraft. Hinter diesem Kern- und Mittelgrunde, also hinter jenen Säulen steigt amphitheatralisch noch eine vierfache Reihe von Bänken aufwärts zu den Fenstern, ein Berg, der seine Raniagnards erwartet und auf der Nordwestseite später auch gefunden hat. Jetzt streikten diese Bergbänke von Zuschauern, welche den dort unter ihnen stehenden Parlamentsmitgliedern über die Köpfe, in die Karten und Taschen sahen und in die Ohren raunten mit Gesängen des Volks. Wehe den Befangenen, wenn sie sich nicht für frei ausgeben wollten, für sehr frei! Hoch oben, um den Scheitel des Tempels, in gleicher Höhe mit jener Germania, läuft die Hauptgalerie, welche 1500—2000 Zuschauer, Zuhörer, Zupfspieler trug. Es war ein gebieterischer Anblick der Volksouveränität.

Die Bedeutung der Frühjahrgemüse. Das Frühjahrgemüse ist für den menschlichen Körper außerordentlich heilsam, da er in dem Bestreben unterstützt werden muß, die Schäden aus seinem Blut auszustoßen, die die gemüß- und obstarne Nahrung, stehende Lebensweise, Stubenluft usw. darin aufgespeichert haben. Und das bringen die letztwöchigen Frühjahrgemüse und besonders die jungen Kräuter besser und unschädlicher als die teueren Medikamente zumege. Einen sehr erfrischenden und die Blutbildung heilsamen Salat bieten die mitwachsenden Kräuter, die uns der Frühling auf Wiesen und Feldern reichlich bescheidet. Spinat, Man-

gold und junge Brennnesseln sind schmackhaft und gesund und enthalten neben anderen wichtigen Nährsalzen auch Eisen. Brennnessel hat eine blutreinigende Wirkung. Löwenzahnalat reinigt und bildet das Blut und ist infolge seiner Bitterstoffe magen- und darmstärkend. Der junge Kopsalat bleibt als blutbildendes Mittel bevorzugt, er enthält Eisen, Eiweiß, Fett und Kohlehydrate. All die jungen Triebe von Gänseblümchen, Sauerampfer, Schafgarbe, Gundermann, Wiesenschamkraut, Sibirerell, Barbarakraut, Wege-wort, Korbell, Kresse, Dill, Bistrotkraut, Brennnessel vermischt man, gibt milde Weinessig oder Zitronensäure, Salz, Pfeffer, etwas Öl und eine kleine, sehr fein gemiegte Zwiebel zu, erst nach Wunsch eine Prise Zucker. Alle grünen Salate sind gesundheitsfördernd, leicht verdaulich und appetitregend. Salat von Brunnenresse in Verbindung mit Sellerie oder Schwarzwurzel oder mit Kartoffelsalat vermengt, ist mohltschmeckend und angenehm. Außer der Gartenresse hat man den selbsttätigen Schnittsalat; er kann auf-gelockt werden wie Spinat.

Spargel hat kräftigenden Einfluß auf Blase und Nieren und ist zugleich blutreinigend und bluterneuernd. Die Selleriefrolle stärkt schwächliche, nervöse Menschen. Daneben wirkt sie anregend auf die Gehirntätigkeit und ist bluttreibend, so daß sie Stubenhoder und Geistesarbeiter mit tragem Blutlauf sehr nützlich sein kann. Gelbe und weiße Rüben und Kohlrabi reizen den Appetit und regen die Verdauung an. Karotten besitzen starken Eisengehalt und werden als Kompott benutzt. Gurken wirken erfrischend, kühlend und schleimlösend. Tomaten sind verdauunabefördernd, blutreinigend, lindern für Nilly- und Ueberleiden. Knoblauch, Schnittlauch, Zwiebel, Boretsch haben die Blutreinigung, vermehren den Speichel, wirken lösend und darmtreibend.

Aus den Kräutern lassen sich auch Kräuterstuppen herstellen, die sehr gut schmecken und wohlbedenklich sind. Als Salat sind sie beliebt, doch muß man sie auf zerlassen, um ihre blutbildenden Eigenschaften auszunutzen. Stiele und Blattrippen dürfen nicht verworfen werden, sondern man verwendet sie mit wegen der wichtigen, in ihnen enthaltenen Nährstoffe.

Die Handelsflotten der Welt. In den Besitzverhältnissen der einzelnen Staaten an Handelsflotten haben sich, wie die jüngsten Schiffsregister zeigen, in den Jahren seit Beendigung des Krieges ganz gewaltige Veränderungen vollzogen. Was die im Bau befindliche Handelsflotte der Welt betrifft, so steht Großbritannien mit 1463 592 Tonnenn noch immer an erster Stelle; und doch ist schon gegen die Gesamtsumme der in Bau befindlichen Handelsflotten des Vorkriegsjahres ein bemerkenswerter Rückgang eingetreten, der sich auf etwa 150 000 Tonnenn beläuft. Die im Bau befindliche Gesamt-handelsflotte der anderen führenden Seestaaten beträgt genau soviel wie die Englands, nämlich 1463 719 Tonnenn; darin sind etwa 216 000 Tonnenn eingeschlossen, für die inzwischen wieder die Arbeit eingestellt worden ist. Die Verteilung auf die einzelnen Länder ist wie folgt: Deutschland und Danzig zusammen 463 877 Tonnenn, Italien 211 409 Tonnenn, Frankreich 185 325 Tonnenn, Holland 142 969 Tonnenn, die Vereinigten Staaten 139 448 Tonnenn und Japan 93 831 Tonnenn. Deutschland marschirt in dem Neubau seiner Handelsflotte bereits an zweiter Stelle in der ganzen Welt, ein glänzendes Zeugnis für die Wiederaufbauarbeit. Geradezu auffallend ist jedoch der geringe Neubau in den Vereinigten

Der Friedensversuch 1917.

Herr v. d. Landen und Briand sollten verhandeln.

Der mit der Untersuchung der Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 beauftragte zweite Unterausschuss des Untersuchungsausschusses des Reichstages hat in einer weiteren Gruppe von Zeugenvernehmungen und Prüfung einschlägiger Dokumente sich mit der sogenannten Briand-Landen'schen Aktion beschäftigt. Es wurde festgestellt, daß Freiherr v. d. Landen im Frühjahr 1917 in Brüssel durch gewisse Mittelpersonen davon unterrichtet wurde, daß maßgebende französische Politiker geneigt seien, mit ihm über Friedensmöglichkeiten zu diskutieren. Landen erklärte sich zu einer solchen Unterredung bereit und erhielt auch die Zustimmung des damaligen Reichstanzlers Bethmann-Hollweg und der Obersten Heeresleitung. Es wurde zunächst für den 28. Juni 1917 eine Zusammenkunft in der Schweiz verabredet. Inzwischen war aber in Deutschland Michaelis Reichstanzler und Kühlmann Staatssekretär des Auswärtigen geworden. Kühlmann behandelte die Angelegenheit zwar nicht mit der Wärme wie Bethmann-Hollweg, erklärte sich aber mit dem Versuch des Freiherrn v. d. Landen einverstanden. Dieser begab sich in die Schweiz und erhielt dort am 21. September die Mitteilung, daß Briand seine Reise aufschieben mußte. Da der Erwartete auch nach einer Woche nicht eintraf, reiste der deutsche Diplomat wieder ab. Die ganze Aktion verlief im Sande, da von französischer Seite keine neue Anregung erfolgte. Der Unterausschuss nimmt an, daß die Briand'sche Reise durch das Eingreifen des damaligen Ministerpräsidenten Ribot verhindert wurde. Es sollen auch Anzeichen dafür vorhanden gewesen sein, daß die Aktion Kaiser Karl-Prinz Sigismund v. Bourbon nicht ohne Einfluß auf die französischen Entschlüsse geblieben ist.

Die Untersuchung des Ausschusses hat sich auch auf die Frage erstreckt, ob nach der Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem esch-lothringischen Problem überhaupt die Aussicht auf eine deutsch-französische Verständigung vorhanden gewesen wäre. Diese Frage abschließend zu beantworten, lag nach Ansicht des Ausschusses jedoch keine Verantwortung vor, da es trotz der Bereitwilligkeit auf deutscher Seite nicht zu einer Aussprache gekommen ist.

Der tüchtige Kohlenhandel.

Und die schlechte Valuta.

Auf dem Kohlenhandelsstag, der soeben in Eisenach stattfand, rühmte Herr Direktor Borchardt die Verdienste des Kohlenhandels folgendermaßen:

„Die Bestrebungen des Reichskohlenkommissars, die Auslandskohle in die Zwangswirtschaft, insbesondere auch in die Unterverteilung einzugliedern, stehen auf den stärksten Widerstand der Kohlenhandelsorganisationen. Wenn auch die Einbeziehung der Auslandskohle in die Oberverteilung nicht verhindert werden konnte, so wurde doch wenigstens durchgesetzt, daß der gesamte legitime Kohlenhandel auch zum Handel mit Auslandskohle zugelassen wurde, aber im Hinblick auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse wurde diese Zugabe wieder zurückgezogen. Infolge der Ruhrbesetzung wollte nun die Regierung eine besondere Kohlenreserve schaffen, um lebenswichtige Betriebe vor der Stilllegung zu bewahren. Der Reichskohlenverband lehnte es ab, diese Aufgabe zu übernehmen, das Rheinisch-Westfälische Kohlenignitrat dagegen erklärte sich zur Beschaffung der Vorräte und zu ihrer Verteilung bereit. Die Regierung wollte die nötigen Vorräte durch die Kohlenhandelsorganisationen beschaffen lassen. Vor dem Reichswirtschaftsminister erklärten jedoch die Importeure, das sei unwirtschaftlich, sie hätten ihre großen Bezüge aus England bisher selbst finanzieren können und würden auch imstande sein, die gewünschte Reserve von 200 000 bis 300 000 Tonnen als eisernen Bestand zur Verfügung zu stellen. Das Ergebnis war ein Vertrag mit dem Reichswirtschaftsminister, und schon nach zwei Tagen hatten die Importeure ein Quantum ausgebracht, das weit über das geforderte hinausging. So wurde die Monopolisierung verhindert.“

Staaten, die während des Krieges ein Handelschiff nach dem anderen vom Stapel haben laufen lassen. Die amerikanische Handelsflotte hat durch die Ablehnung des Schiffsunterstützungsgesetzes durch den Kongress einen schweren Schlag erlitten. 700 amerikanische Ballast- und Frachtdampfer, insgesamt 11 002 622 Tonnen totes Gewicht, werden in Kürze auf dem Markt zum Verkauf gestellt werden. Von der stolzen Handelsflotte, die während des Krieges geschaffen wurde, liegen jetzt ganze Geschwader nutzlos in den Häfen und verursachen einen jährlichen Verlust von 30 Millionen Dollar. Der amerikanische Traum, die englische Vorherrschaft auf den Meeren mit einer großartigen Handelsflotte zu erschüttern, dürfte ausgeträumt sein.

Die Schrift am Himmel. Das Firmament für Zwecke der Lichtreklame mit Hilfe weichen Rauches zu benutzen, dieser Brauch hat sich in England in dem Jahre, das seit der Erfindung durch den Major Savage verfloßen ist, immer mehr eingebürgert. Doch von den Schwierigkeiten, die hier für den Schreiber der Himmelschrift zu überwinden sind, macht sich der Volk, der in schönen Sommernächten die Himmelsbuchstaben plötzlich aufstehen sieht, kaum eine richtige Vorstellung. Denn das Schreiben am Himmel ist durchaus keine leichte Kunst. Zunächst gilt es für den Violon, den geeigneten Platz ausfindig zu machen, von dem er aufsteigen will; dabei muß die Stärke und die Richtung des Windes, der Stand der Sonne, das Himmelsfeld, das seine Schrift bedeuten soll und die Stellung des Beobachters dazu wohl in Rechnung gezogen werden. Er selbst muß das Bild des Textes in Spiegelschrift seinem Gedächtnis fest eingepreßt haben, damit das Reflexbild am Himmel in umgekehrter Weise vor dem Beobachter aufsteigt. Zug um Zug muß er es beherrschen, denn sobald er die Fahrt in die Höhe begonnen hat, ist keine Zeit mehr, Stützen, Pläne und Instrumente zu Rate zu ziehen. Auch die Größenverhältnisse und Woge der Schrift müssen vorher wohl erwogen werden. Die Buchstaben müssen nicht nur in der richtigen Größe und in gleichmäßigen Abständen geschrieben werden, sondern sie dürfen auch nicht durcheinander schwanken und kürzen am Firmament. Die Buchstaben, die für gewöhnlich bei der Himmelschrift verwendet werden, haben eine Größe von annähernd 800 Meter. Eine mächtig große Anzeige der Himmelsreklame würde auf Erden die Straße von Calais bis Dover mit ihren Schriftzügen bedeuten. Unter besonders günstigen atmosphärischen Verhältnissen ist die Schrift am Himmel länger als eine Stunde lesbar.

Die „Truppe“ im Lustspielhaus. Das von Verhold Viertel ins Leben gerufene Ensemble „Die Truppe“ wird vom 18. Sept. bis 31. Dez. im Lustspielhaus gastieren. Zuvor sind Schiedele im Abigen Deutschland und Zimbardungen geplant.

Die Große Berliner Kunstausstellung wird Sonnabend mittags 12 Uhr eröffnet. Eine besondere Abteilung ist für angemeldete Kunst vom Bande Deutscher Kunstwerke zum erstenmal eingerichtet.

Das Münchener Mozarische, das bis zum 25. Mai dauern wird, wurde mit einem Orchesterleiter im Oben eröffnet.

Der Kampf mit der Blutrache im Kaukasus. Wie aus Tiflis gemeldet wird, hat sich in der kaukasischen Republik Adcharistan eine zentrale Schlichtungskommission gebildet, die den Kampf gegen die Driftite der Blutrache aufnehmen und die Streitigkeiten zwischen den feindlichen Familien und Stämmen schlichten will.

Herr Borchardt hat vergessen zu betonen, daß die große Nachfrage nach Devisen zum Zwecke der Bezahlung der Einfuhr wesentlich dazu beigetragen hat, die Stützungsaktion für die Mark zu Fall zu bringen. Der Kohlenimport war sogar derart tüchtig, so viel Kohle aus dem Ausland heranzuschaffen, daß der deutsche Braunkohlenabsatz und der oberösterreichische Steinkohlenabsatz ins Stocken kam. Mit Deviseneinfuhr wurde der Markkurs heruntergebracht, während die heimischen Rohstoffe nicht genügend ausgenutzt wurden! So tüchtig ist der anarcho-kapitalistische Kohlenhandel, und er ist doch so bescheiden, es der Welt zu verschweigen. Es geht wirklich nichts über die Bescheidenheit!

Vaterländische Kampfspiele.

„Jüdische“ Klüften der „Deutschen Zeitung“, Dolchstöße und andere schöne Dinge.

Da es mit der Revolutionspielerei nichts ist, veranstalten die Deutschvölkischen, um liebgewordene Gewohnheiten nicht aufgeben zu müssen, vorläufig Kampfspiele unter sich. Die Kaulerei ist in vollem Gange und die Dreckschleudern, die sonst gegen die Ministerbänke gerichtet sind, werden batterienweise gegeneinander aufgeführt. Der Ruhm der „Deutschen Zeitung“, die dem völkischen Großen um Halle, Henning und Graef-Goldbe unwarhaftigste vorgeworfen hat, läßt die Freiheitspartei nicht schlafen. In der mit Eisenlaub und Schwertern geschmückten „Mecklenburger Warte“ meldet sich Herr Henning selbst zum Wort, um der „Deutschen Zeitung“ echt deutsche Verse ins Stammbuch zu schreiben. Er spricht von Dolchstößen, die die „Deutsche Zeitung“ und ihre geistige Säule, der nicht ganz unbekannt Herr von Freytagh-Loringhoven, immer dann in den Rücken der Deutschvölkischen Partei führen, wenn sie in der Klemme sitzt. Er protestiert gegen den „jüdischen“ Ton der „Deutschen Zeitung“. Also auch das Organ der Maurenbrecher und Sodensterne ist nicht mehr frei von Verjudung? Es sollte uns nicht wundern, wenn demnächst die Entdeckung aufsteigt, daß das Organ dieser Herren von marxistischem Geiste angekränkt und von jüdischem Kapital bestochen ist.

Die „Deutsche Zeitung“, die nicht gerade zimperlich ist, wenn es gilt, andere zu verunglimpfen, tobt ob dieser Unersittungen. Sie wirft ihrem völkischen Kampfgesossen Henning von neuem Unwarhaftigkeit vor und macht die Feststellung, daß die denkbar schärfsten Gegensätze die Deutschvölkischen, Richtung „Deutsche Zeitung“, von den Deutschvölkischen, Richtung „Freiheitspartei“, trennen. Man müsse ein irgendwie freundschaftliches Zusammengehen mit Henning ablehnen. Unter diesen Umständen wird man sich vergeblich den Kopf darüber zerbrechen, wie sich die deutschvölkischen Kapoteone den Freiheitskampf gegen Republik und Poincaré vorstellen.

Nicht minder eifrig in den Freiheitskampf aller gegen alle greift das deutschvölkische „Deutsche Tagesblatt“ ein. Es richtet die Rindung seiner großen Kanone auf die völkischen Freunde in Bayern. Herr Bittinger, aus der Helgenzeit des Herrn Escherich wohlbekannt, wird angeklagt, mit der „Donau-Föderation“ zu liebäugeln. Als den Herren Machaus und Fuchs Derartiges nachgesagt wurde, nannte man das Hochverrat. Weiter wird ihm vorgeworfen, ein Organ unter dem Titel „Neue Heimatlandbriefe“ gegründet zu haben, um dem großdeutschvölkischen „Heimatland“ das Wasser abzugraben. Tatsächlich hat das Bundesgericht München I die Führung des Titels „Neue Heimatlandbriefe“ verboten. Das „Deutsche Tagesblatt“ begrüßt diesen Entscheid „im Interesse der Reinlichkeit des politischen Kampfes“. Man wirft also dem früheren Kampfgesossen Bittinger nichts Beringeres als Hochverrat und unsaubere Kampfweise vor.

Diese kleine Blütenlese mag genügen, um zu zeigen, wie sich die Deutschvölkischen selbst einschätzen. Deutscher hat wohl noch nie eine Bewegung ihren völkischen Bantroll angewendet.

Hitler kündigt Pfingstmanöver an.

München, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die 20. Hundertschaft „Kobach“ der nationalsozialistischen Arbeiterpartei veranstaltete am Mittwochabend einen sogenannten „Deutschen Abend“ mit dem ausgesprochenen Zweck gegen die Inhaftierungsdauer ihres Führers Kobach zu protestieren. Das Versammlungstotal im „Hofbräuhaus“ stand unter dem Schutz besonderer Abteilungen stabsbefehlter Hakenkreuzler. Diese Veranstaltung verlief mit dem üblichen nationalsozialistischen Gepräge, wobei diesmal das Trommelgeschmetter eine besondere Rolle spielte. Von den Ausführungen des Festredners Hitler ist nur seine Ankündigung bemerkenswert, daß das „Regiment München“ der nationalsozialistischen Arbeiterpartei über Pfingsten nach Bad Tölz auszieht. Man darf einigermaßen gespannt sein, wie dieser militärische Familienausflug unter dem neuen bayerischen Ausnahmezustand verlaufen wird. Es ist für die Regierung wohl eine gewisse Beruhigung, daß das Regiment, das bei seiner teilweisen Kapitulation am 1. Mai einige seiner Waffen abließerte, seine diesmalige Uebung prompt 60 Kilometer fern der bayerischen Landeshauptstadt abhält.

Die neue bayerische Fremdenpolitik.

München, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der zahllosen Klagen bei der Handhabung des Fremdenverkehrs durch die bayerischen Behörden im Jahre 1922 und veranlaßt durch die längst erschienenen Richtlinien der Reichsregierung für die Erteilung von Sichtvermerken für die Einreise nach Deutschland hat die bayerische Regierung für die kommende Fremdenreise neuen Bestimmungen an ihre Polizeibehörde erlassen. Danach ist künftig die Aufenthaltserlaubnis nicht mehr vom Nachweis eines zrisigen Grundes abhängig. Ebenso halten sich die Behörden, deren Willkür in den verfloßenen Jahren wegen der schändlichen Behandlung einzelner Polizeigorgane großes Unvergnügen bei allen Ausländern erregte, nunmehr in den Grenzen, die sich die anderen deutschen Länder schon früher gezogen haben. Die bayerische Regierung ist danach offenbar zur Einsicht gekommen, daß durch Preisgabe ihrer mit Recht angeforderten Fremdenpolitik die Ruhe und Ordnung nicht mehr gefährdet werde.

München, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Von Mitgliedern der Regierungspartei im bayerischen Landtag ist ein Antrag eingebracht worden, der bedauert, daß die Reichsbahnverwaltung ohne stichhaltigen Grund die blaue Eisenbahnuniform beseitigt hat und durch die weniger selbstbewußte preußische Eisenbahnuniform ersetzt wird. Die Staatsregierung wird aufgefordert, gegen diese Maßnahme, die die innere Einheit der Reichsbahn nicht fördert (!), nachdrücklich Einspruch zu erheben.

Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie.

Gestern wurde vor dem Reichsarbeitsministerium über den Lohnstreit verhandelt. Im Abend nahmen in der Brauerei Friedrichshain die Funktionäre zu dem gefällten Schiedspruch Stellung. Der Bevollmächtigte Ulrich vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte eingehend über den Gang der Verhandlungen und teilte mit, daß die Löhne um 32 Proz. erhöht werden sollen. Der Lohn beträgt demnach in Klasse I ab 14. Mai 1900 M. Im gleichen Hundertertrag erhöhen sich die folgenden Löhne. Der Schiedspruch soll Gültigkeit haben vom 15. bis 28. Mai. Derselbe wurde gegen einige Stimmen angenommen.

Wirtschaft

Das Anwachsen des Stinneskonzerns.

Ueber die neue Transaktion des Stinneskonzerns berichtet Dr. Robert Einlein in der „Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie“ u. a.:

Raum war die Sensation der Zusammenfassung von Linke-Hofmann-Bauchhammer mit der Oberschlesischen Eisenindustrie A. G. (Caro-Hegenscheidt) voraussetzt, als eine ungeheure Steigerung der Aktien der Rhein-Elbe-Union (Bachumer Verein, Deutsch-Lugem-burgische und Gelsenkirchener Bergwerks-A. G.) einen neuen Wachstum des Stinnesinteresses anzeigte. Diesmal handelt es sich um die Charlottenhütte. Die Charlottenhütte hat ihren Hauptanteil der Aktien der Oberschlesischen Eisenindustrie A. G. an die Linke-Hofmann-Gruppe abgegeben, wofür sie durch Linke-Hofmann-Aktien entschädigt wurde und somit jetzt lose mit der AEG-Gruppe in Verbindung steht. Als weiterer oberösterreichischer Besitz ist ihr nun noch verbleiben (denen ihr Hauptwerk ist die Charlottenhütte in Niederösterreich im Siegerland) die Bismarckhütte in Bismarckhütte und die Rattowitzer A. G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb in Rattowitz. Beide Werke liegen in dem polnischen Oberschlesien. Die Bismarckhütte ist ein großes Stahlwerk mit Martinöfen, Feinblech- und Stahlwalzwerken und hat weiterhin in Schwien-tochowitz in seiner Beuthen-Halbhütte Hochöfen. Die Rattowitzer A. G. verfügt über einen reichen Kohlenbesitz und außerdem über Hochöfen und Stahlwerke. Es handelt sich also um zwei bedeutende Gemischtwerke.

Diese beiden Werke, die bisher dem Konzern des Generaldirektors Flick von der Charlottenhütte unterstanden, kommen nun unter die Herrschaft der Stinnes'schen Rhein-Elbe-Union. Die Aktienmehrheit der beiden Werke ist von Flick an Stinnes gegeben worden.

Das stellt einen ganz bedeutenden Wachstum des Stinnes'schen Interesses dar. Freilich ist der produktionstechnische Zusammenhang der Bismarckhütte und der Rattowitzer A. G. mit den übrigen Stinneswerken noch nicht ersichtlich. Denn für die hauptsächlich in Rheinland und Westfalen gelegenen Gemischtwerke des Stinneskonzerns kommen die oberösterreichischen als Rohstofflieferanten vorläufig nicht in Frage, solange das Frachtenproblem so dringlich und das Schicksal des Ruhrgebiets noch ungeklärt ist. Aber für Stinnes handelt es sich seit geraumer Zeit um eine Dezentralisation seiner Interessen, und es mögen bei der Erwerbung der Aktienmehrheit beider Werke in der Hauptsache zwei Gesichtspunkte mitgewirkt haben. Einmal glaubt Stinnes an eine weitere Markverflechtung (und er ist selbst nicht unwirksam in dieser Richtung tätig), und deshalb hält er den Zeitpunkt für günstig, Papiermarkt wegzuerstern und dafür Sachwerte zu erwerben. Dann aber hat er in den letzten Monaten und vor allem seit der Ruhrbesetzung eine besonders rege Tätigkeit im Südosten Europas entfaltet. Er hat sich an tschechoslowakischen und ungarischen Werken beteiligt, und er hat vor allem mit seinem Freunde Castiglioni, einem führenden Effektenrohändler, zusammen von Wien und Budapest ausgehend eine Einkaufs- und Verkaufszentrale geschaffen, die auf weitreichende Pläne schätzen läßt. Diese neue Zentrale soll augenscheinlich für den Balkan eine ähnliche Rolle spielen wie die „A. G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel“ für die überseeischen Handels- und Rohstoffinteressen von Hugo Stinnes. Es handelt sich um die Ausfuhr der eigenen und fremden Waren nach den Balkanländern, um Gründung von Produktionswerkstätten nach Bestreitung der dort lagernden Rohstoffe und um die Einfuhr der Waren, die man für die inländische Fabrikation brauchen kann. In diesem Sinne bildet die Erwerbung der beiden polnisch-oberschlesischen Gemischtwerke ein günstiges Einfallstor.

Die Charlottenhütte (schwebt nun gewissermaßen in der Luft. Sie hat für die Abstoßung der Aktien der Oberschlesischen Eisenindustrie A. G. an Linke-Hofmann einen sehr bedeutenden Zwischengewinn und Aktienentnahme an Linke-Hofmann erworben. Die Abstoßung der Aktienmehrheit von Bismarckhütte und Rattowitzer A. G. an den Stinneskonzern bedeutet gleichfalls einen bedeutenden Zwischengewinn und außerdem eine engere Anknüpfung an die Stinneswerke, von denen die Charlottenhütte künftig für das Hauptwerk im Siegerland Kohle, Koks und Halbzeug erhält, allerdings erst, wenn die Ruhr wieder frei ist oder mindestens, wenn die Ruhrwerke ihre Konzernwerke wieder beliefern können. Die Charlottenhütte hat ihre selbständige Stellung eingebüßt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie bei Hugo Stinnes landen wird. Dann kommt ihr eine besondere Bedeutung zu. Sie ist dann wie Oram, die Akkumulatorenwerke Berlin-Hagen, wie die Telefunken-A. G. und wie die Berliner Handelsgesellschaft eine Brücke zwischen Stinnes und der AEG. Denn wenn die Ruhrbesetzung vorüber ist, wenn die großen Werke im Ruhrgebiet wieder produktiv für die großen Konzerne sind, dann wird Stinnes seine inzwischen größer gewordene Macht in die Waagschale werfen können.

Frühere Dividenden. Die industriellen Gesellschaften pflegen bei einer Kritik der hohen Dividenden, die heute verteilt werden und die gewöhnlich das Vielfache des Aktienkapitals betragen, darauf zu verweisen, daß in Gold gerechnet, die Ausschüttungen lächerlich gering seien. Man vergißt dabei zu erwähnen, daß Gold Dividenden nur auf Goldkapital berechnet werden können und das der größte Teil des heute bestehenden Kapitals in Papiermarkt eingeschlagen worden ist. Ein Musterbeispiel, wie die tatsächliche Höhe der Dividende veranschaulicht wird, bieten die Harburger Eisen- und Bronze-werke A. G. in Harburg. Diese schütten 50 Proz. Dividende und 100 Proz. Bonus aus, zusammen also 150 Proz. Das gegenwärtige Aktienkapital beträgt 21 Millionen Mark. Der Dividendenbetrag scheint äußerlich nicht hoch zu sein; sind doch häufig Dividenden von 100 bis 500 Proz. zur Regel geworden. Nun kommt aber der Pferde-schuh. Das Aktienkapital von 21 Millionen wird um das Dreifache erhöht, und zwar mit Dividendenberechnung vom 1. Januar 1922 ab. Dadurch erhöht sich die ausgeschüttete Dividende, da im Vorjahr ja kein Kapital eingezahlt war, auf insgesamt 600 Proz. Die Sache wird aber noch besser. Bei der Kapitalerhöhung wird nämlich fast gar kein Kapital angefordert, sondern die neuen Aktien, die bereits für das letzte Jahr mitgeschuldet, werden zu einem Kurse von 100 Proz. ausgegeben, während der Börsenkurs der Harburger Aktien 200 000 Proz. betrug. Allein durch den Erwerb der neuen Aktien erhalten also die Aktionäre einen Gewinn, der auf mindestens 50 000 bis 100 000 Proz. zu veranschlagen ist! Diesen Gewinn erhalten die Aktionäre nur so nebenbei. Bleiben wir aber nur bei der Dividende, die in diesem Jahre nach obiger Rechnung 600 Proz. beträgt, so ergibt sich, daß die auf das Goldkapital ausgeschüttete Dividende noch wesentlich höher ist. Vor dem Kriege betrug nämlich das Aktienkapital nur 3 1/2 Millionen Mark und es ist seit 1921 durch zwei Verwässerungen auf die Höhe von 21 Millionen gebracht worden. Auf das Goldkapital werden also in Papiermark 6 x 600 = 3600 Proz. Dividende ausgeschüttet, ungerechnet den gewaltigen Gewinn aus dem Bezugsrecht der neuen Aktien und der früheren Kapitalverwässerungen! Gäbe es Diplome für geschickte Bilanzierung, den Harburger Eisen- und Bronze-werke müßte dafür ein Ritter-diplom gewährt werden. Die Arbeiter-schaft wird aus derartigen Beispielen lernen müssen, gegenüber den Gewinnzusammenstellungen der industriellen Unternehmungen doppelt kritisch zu sein.

Das Goldkollisionsgeld erfährt mit der Markverflechtung eine neue Erhöhung; es beträgt für die Woche vom 23. bis 29. Mai 835 900 n. S. gegen bisher 740 900 n. S.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstabelle ist noch nachzutragen 1 finnische Mark 1293,75 Geld, 1303,25 Brief; 1 japanische Yen 22 003,12 Geld, 22 806,88 Brief; 1 brasilianischer Milreis 4785,— Geld, 4812,— Brief; 1 spanischer Peseeta 7117,16 Geld, 7152,24 Brief; 100 Sker. Kronen 66,33 Geld, 66,67 Brief; 1 schwedische Krone 1295,50 Geld, 1403,50 Brief; 1 ungarische Krone 8,77 Geld, 8,83 Brief; 1 bulgarische Bema 379,05 Geld, 380,95 Brief; 1 jugoslawischer Diner 450,77 Geld, 492,93 Brief. Eine polnische Mark löst im freien Verkehr etwa 98 Pf.

Eine Arbeits Sitzung der Stadtverordneten.

Die Stadtverordnetenversammlung konnte gestern in flotter Arbeit einen beträchtlichen Teil des ihr vorgelegten Pensums bewältigen. Eine Reihe Anträge und Anfragen, darunter die Anfrage wegen der Bemessung des Milchpreises, wurde in sachlichen Erörterungen oder nach Zustimmung des Magistratsvertreters ohne Debatte erledigt. Hervorzuheben ist, daß in Sachen der Brennstoff-Gesellschaft die Gegner kommunaler Einrichtungen für den Kleinhandel eine Niederlage erlitten. Erst zum Schluß kam es noch zu dem Krach, ohne den die Kommunisten sich keine richtige Stadtverordnetenversammlung denken können und an dem die Deutschnationalen ihre Freude haben.

Als kurz nach 5 Uhr die ordentliche Donnerstagssitzung ihren Anfang nahm und zunächst fünf Anfragebeantwortungen erledigt werden sollten, war von den dafür zuständigen Magistratsmitgliedern noch niemand zugegen; man setzte diese fünf Punkte aus und wandte sich einem kommunistischen Antrage aus dem Februar zu, über den bereits ein Ausschuß beraten hat. Nachdem der Ausschußbericht erstattet war, wurde auch bei diesem Gegenstand konstatiert, daß die zuständigen Dezernenten noch abwesend waren, und man stellte auch ihn einstweilen zurück. Inzwischen hatten sich am Magistratsstisch einige Stadträte dem Räumlicher zugewandt, und so konnte nun die erste der Anfragen, die der Demokraten über die

Milchversorgung und die Erhöhung des Milchpreises verhandelt werden. Stadtrat Dr. Richter beschränkte sich auf den Hinweis, daß die fallende Tendenz des Butterpreises leider nicht anzuhalten habe, daß im Gegenteil mit dem neuen Markttag die Verteuerung der ausländischen Seite neue Fortschritte gemacht habe, deren Rückwirkung auf den Milchpreis nicht ausgeblieben sei. — Der Interpellant Merles stellte demgegenüber die ganze Mißere der Berliner Milchversorgung in helles Licht. Der Grundfehler liege in der Normierung des Milchpreises in Relation mit dem Butterpreis, aber daneben sei auch die ungenügende Aktivität der städtischen Verwaltung und speziell des Ernährungsdezernenten an den Ursachen, unter denen die Bevölkerung wegen ungenügender Zufuhr und unmäßiger Preise leide. — Ein neues Mitglied der Wirtschaftspartei, der Milchhändler Reins, suchte darauf hinzu, daß für die Verminderung der Zufuhr die seit 1914 veränderten Verhältnisse in der Landwirtschaft verantwortlich seien. An sich sei der Erzeugerpreis auch heute nicht zu hoch. Jedenfalls seien die Händler an der Verteuerung unschuldig, während das Milchamt zum Teil zu hohe Vergütungssätze für seine Tätigkeit in Rechnung stelle. Von den Kommunisten hielt Schwend ihm entgegen, daß die wiederholten Preisserhöhungen eine Steigerung der Zufuhr nicht bewirkt hätten; sehr viel könnte gespart werden, wenn man die völlig überflüssigen Milchpächter und die ganz unberechtigten Sammelgebühren der Provinzwerke ausschalten wolle, wenn ferner dafür gesorgt werde, daß die Milch nicht in so verkommenem Zustande, wie es meist der Fall sei, nach Berlin gelange. Wirkliche Abhilfe könne nur die Befestigung bringen; aber diesen Vorschlag weiterzugeben, habe ja die Mehrheit abgelehnt. — Der Magistratsvertreter wollte die Bemängelungen von Merles nicht gelten lassen und verteidigte lebhaft die Institution der Milchpächter; Herr Reins werde auch von seiner vorgefaßten Meinung gegen das Milchamt zurückkommen, wenn er erst in die städtische Verwaltung näheren Einblick genommen habe. — Dr. Altköner (natl.) und Dr. Falkenberg (Dsp.) verurteilten auch ihrerseits nicht die lässliche Situation, in der sich Berlins Milchversorgung befindet, aber sie stehen nach ihrem eigenen Zugeständnis dem Problem ratlos gegenüber; natürlich wollen beide von Zwangswirtschaft und Höchstpreisen nichts wissen. — Damit schloß diese Aussprache.

Die Anfrage der Deutschnationalen betreffend die angeblichen **Mehrschiebungen bei der Neudöller Großhandels-Gesellschaft** beantwortete Stadtrat Richter dahin, daß derartige Vergehen oder Verbrechen nicht vorliegen; die Gesellschaft habe allerdings 12 000 Doppelzentner nicht zur Brotbereitung, sondern zur Rubelfabrikation verwendet. (Hört, hört!) Ob der Stadt ein Schaden daraus erwachsen sei, werde noch geprüft, eventuell sei die Gesellschaft ersatzpflichtig.

Eine weitere von Koch begründete Anfrage der Deutschnationalen betrifft die Angriffe, die der Regierungspräsident

Grüner in Düsseldorf öffentlich auf die Berliner Bevölkerung deswegen gerichtet hat, weil diese den Ruhrflüchtlingen die größten Hindernisse bereite. Oberbürgermeister Böh stellte fest, daß die lebhaften Bemühungen Grüners um die Ruhrflüchtlinge allseitige Anerkennung fänden. Gegen jene Beschuldigungen müsse die Berliner Bevölkerung aber in Schutz genommen werden; auch sei ein Schreiben an Grüner, das ihn um Mitteilung von Material ersuchte, bis heute ohne Antwort geblieben. Die Bevölkerung wolle die Stadtverwaltung würden auch weiter jederzeit alles tun, was billigerweise und unter Rücksichtnahme auf ihre eigenen Räte erwartet werden könne.

Nachdem soweit die Anfragen erledigt waren, kehrte man zu dem kommunistischen Antrag vom 15. Februar zurück, der eine **Änderung des prozentualen Verhältnisses zwischen Männer- und Frauenlöhnen**

fordert. Der ständige Tarifauschuß hat im Anschluß an diesen Antrag am 20. April beschlossen, vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen, bei den nächsten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium folgende Vorschläge zur Abgleichung der Frauenlöhne zu vertreten: Ausgangspunkt ist der Lohn des gelernten Vollarbeiters, zurzeit 967 M. = 100 Proz. pro Stunde; hieron erhalten die Frauen vom 18. bis 21. Lebensjahre, ob gelernt oder ungelernt, 90 Proz., vom 21. bis 24. Jahre desgleichen 85 Proz., vom 24. Lebensjahre ab 100 Proz. Entsprechende Änderungen sind für Rindererwerbsfähige und Jugendliche vorgeschlagen.

Dankwardt (Dsp.) hatte den Ausschuh Antrag zu vertreten, wandte sich aber in der Aussprache gegen ihn. — Schumacher (Kommunist) erhob gegen die Vertreter der Stadt den Vorwurf, daß sie bei den Verhandlungen im Ministerium den Standpunkt des Ausschusses nicht vertreten hätten; der Oberbürgermeister wies diesen Vorwurf zurück. — Deuster lehnte für die Demokraten den Ausschuhvorschlag ab, der dann mit 93 gegen 77 Stimmen fiel, da nur Sozialdemokraten und Kommunisten dafür stimmten.

Den Antrag der Wirtschaftspartei, die **Berufsammlung** zu er-

suchen, die **Bellefierung der Krankenhäuser mit Fleisch und Wurstwaren** durch die städtische Schlächterei in Hahnbrechtsfelde nur dann vorzunehmen, wenn die Preise denen des privaten Handels entsprechen, hat der Ausschuh abgelehnt.

In der Aussprache gaben sich Wädel (Wirtschaftspartei) und Dr. Kirchner (natl.) alle Mühe, den Ausschuhbeschluss dahin auszulagern, daß es den Krankenhausverwaltungen freigestellt werde, ihre Ware von da zu beziehen, wo sie es für angemessen halten. Genosse Brodat trat ihnen mit Entschiedenheit entgegen, Hahnbrechtsfelde rentiere sich gut und liefere billiger als jede private Lieferung.

Dem Ausschuhantrag entsprechend wurde der Antrag der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Hierauf nahm die Versammlung die am Dienstag vor-

geschobene Abstimmung über die zur Berliner Brennstoff-Gesellschaft gestellten Anträge vor. Der demokratische Antrag, die sofortige Einstellung der Bellefierung Privater anzuordnen, blieb in der Minderheit, er fiel mit 87 gegen 85 Stimmen. Im übrigen wurde der Ausschuhantrag angenommen.

Auch der allgem. gegen die Bedrohung des Kleinhandels durch die städtische Konkurrenz gerichtete Antrag der Wirtschaftspartei verfiel der Ablehnung.

Am 13. März datiert der Antrag der Deutschnationalen, den Magistrat zu ersuchen, für den Fall, daß infolge Ueberrahme des Hallekinderwesens durch die Stadt neue Beamtenstellen erforderlich werden, diese an erster Stelle mit den freierwerbenden Aufsichtsdamen des Polizeipräsidiums zu besetzen. — Der Haus-

haltsauschuß hat am 8. Mai den Antrag abgelehnt.

Nach kurzer Aussprache, in der Frau Stadtrat Wegl und Genosse Dr. Kuyman teilnahmen, daß dem Magistrat gar kein Wahlrecht zustehe, entschied die Mehrheit dem Ausschuhantrage gemäß.

Den Antrag der Wirtschaftspartei betreffend das **Bewilligungsrecht der Stadtverordneten** überwies die Versammlung der gemischten Deputation für die Reorganisation der Verwaltung als Material.

In Erledigung eines kommunistischen Antrages wegen **Aündigung von Junglehrern** wurde weiter beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Durch-

schnittsklassenfrequenz vorübergehend von 40 auf 35

herabzusetzen und auch an den Gemeindefchulen den obligatorischen Spielmittag einzuführen.

Mit 82 gegen 79 Stimmen beschloß man, die Ausschuhvorschläge zur **Planwirtschaft** bei den höheren Lehranstalten in Alt-Berlin dem Ausschuh zurückzugeben.

In der Absicht, die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gast- und Schankwirtschaften und des Branntweinleinhandels besser zu erfassen, hat der Magistrat den Erlaß einer besonderen Betriebssteuerordnung vorgeschlagen; der Ausschuh hat ihr im wesentlichen zugestimmt. Nach einer Verwahrung des Kommunisten Dörr gegen die „perverse“ Steuerpolitik des Magistrats nahm die Versammlung den Entwurf an.

Auf die großen Mängel, die heute die Turnhallen aufweisen, lenkte Rube (natl.) die Aufmerksamkeit hin; vielfach seien Matten und Geräte oder Befinden sich in standallosem Zustande. Ein Antrag von dieser Seite, der auf Besserung dringt, wurde angenommen.

Die erhöhten **Armenunterstützungssätze**, die der Magistrat am 4. April beschloß hat und zur Kenntnis bringt, wurden von Nawrocki (Komm.) für völlig ungenügend erklärt, der Erhöhung auf die jeweiligen Sätze der Erwerbslosenunterstützung beantragte.

Auf der Rechten stieß die Vorlegung Nawrockis auf Widerspruch und Gelächter, was ihn und seine arteigenen zu immer temperamentvoller Erwidrerungen veranlaßte, so daß allmählich wieder eine Art Radaustimmung über die Verammlung kam.

Stadtrat Hlabe stellte fest, daß die Wohlfahrtsdeputation am Freitag Montag eine weitere, über die Sätze vom 4. April hinausgehende Erhöhung beschloß hat; Herr Nawrocki sei Mitglied der Deputation, aber am Montag nicht erschienen. (Hört, hört!)

Gegen die „unerträgliche Beschränkung“ der **Redefreiheit der Kommunisten** durch den Vorsteher (der Nawrocki in seinen Ausführungen mehrfach unterbrochen und schließlich zur Sache gerufen hatte) legte Dörr Verwahrung ein; für den Ausdruck „Schikanierung“ erhielt er einen Ordnungsruf. — Noch schärfer ging Nawrocki selbst gegen den Vorsteher vor, der Veranlassung nahm, ihm zwei Ordnungsrufe zu erteilen. Der kommunistische Antrag kam nicht zur Abstimmung, da es sich bei der Magistratsvorlage nur um Kenntnisnahme handelte.

Die Vorlage wegen **Bildung einer Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H.** ging an einen Ausschuh, ebenso die Vorlage betr. Maßnahmen zur **Verbesserung des Bestattungswesens**.

Zum Schluß überwies die Versammlung den kommunistischen **Dringlichkeitsantrag** betr. Den sofortigen Beginn der Ausführung aller städtischen Bauvorhaben an den Hauptauschuß. Schluß nach 9 Uhr.

Unterhaltung um Mitternacht.

Das Rollen des Juges verhält langsam in der Ferne. In dunkler Schwere sticht die einsame Straße in die Nacht. Nur hin und wieder malt sich, wie ein breiter Dölked, der Widerschein einer Laterne auf Pflaster und Bürgersteig. Eine schmale Mondfichel leuchtet melancholisch auf einem Rissen von Kühle und Stille. Alles Leben erscheint erstorben und verweht.

Zwei Gestalten gehen vor mir in gemessener Entfernung. Die eine, klein und dick, drängt die Dunkelheit mit kurzschürfenden, schnellen Schritten beiseite, die andere, lang und schlank, gerschneidet sie mit scharfen militärischen Tritten. Und ihre Stämmen, die ich im Näherkommen deutlicher höre, sind ihre Wesensphotographie. Der Dicke spricht langsam, leidenschaftlos und ein wenig ostmännisch, der Lange aber schneidet ihm brüsk das Wort ab: „Im Krieg,“ er lacht höhlich und spitz, „im Krieg, das war toll. Die Drückberger hätten sie herausholen sollen.“ Inzwischen bin ich an dem Sprecher vorbeigegangen und habe mit einem raschen Seitenblick im Scheine der Laterne gesehen, daß es ein noch verhältnismäßig junger Mensch ist. Hinter mir aber, in der kalten, scharfen Luft, knallen seine wütenden Hauptworte wie ferne Gewehrschüsse: „Schlappe Regierung... Erzberger... Juden... an die Wand stellen... nationale Verteidigung... auch heute nicht zu spät... Bayern, das sind Kerle... grobartig... Hut ab... Majestät sollte wiederkommen...“ In unermesslicher Höhe leuchten und blitzen die ewigen Sterne.

8]

Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Nplander.

Sein Bild folgte einem Fußpfade, der unter dem hohen Gewölbe von Broitfruchtbäumen vom Strande her auf die Insel führte. Der Weg machte bald eine Biegung und verschwand, aber ich merkte, daß er ihn noch weiter verfolgte, ganz bis nach seinem Heim. Dachte er vielleicht auch an seine Frau?

Mein Ruderdollen war fertig. Ich bezeichnete mit dem Messer die Ränge nach dem, den ich abgedrohen hatte, als wir hereinruderten, und suchte nach einer Säge, um ihn abzuschneiden.

„Laß es liegen, bitte,“ sagte ich zu Sam, der das Messer nehmen wollte. „Es ist eben geschliffen, und an Bord haben wir keinen ordentlichen Schleifstein.“

„Nicht so, Jungens! man darf nicht naseweis sein,“ sagte Stone verweisend. „Ich hatte euch doch auch gesagt, daß ihr immer Hosen tragen sollt, solange der Schoner hier ist. Geht zur Mutter und laßt sie euch geben! So — marsch mit euch beiden!“

Die Säge hatte sich endlich in den eisenharten Holzpfloß eingebissen, blieb aber bald wieder darin stecken. Ich starrte Stone an, ohne ganz klar darüber zu sein, was mich plötzlich so verwirrt machte.

Aber in der nächsten Sekunde hatte ichs. „Stone, Sie — Sie sprechen ja schwedisch, finnländisch-schwedisch noch dazu! Sind Sie aus Finnland?“ rief ich auf schwedisch und sprang auf.

„Ja, das bin ich,“ antwortete er. „Sie stammen doch nicht auch daher? Ich bin aus Inga, aus den Schären,“ fügte er hinzu. „Von Storholmen. Stensund heißen wir.“

Freudig reichte ich ihm meine Hand. Er nahm sie und hielt sie lange in der seinen, wobei er mir treuherzig in die Augen sah.

Ich konnte keine Worte finden. Es war ja zu unermutet gekommen. Auch er schien. Ueber seine harten Rüge kam eine Wärme und eine fast hilflose Weichheit, die mir in die innerste Seele drang. Das Vaterland, die Heimat, die Schären — alles wurde plötzlich lebendig.

Ein Ruf Wilsons unten im Boot verfehlte mich wieder nach Kanawaj.

„Die Tonnen sind voll!“ rief er. „Bleibst paddeln wir an Bord, dann kommen wir noch rechtzeitig zum Schaffen!“

„Nein, nein,“ sagte Stone. „Sie müssen jetzt hierbleiben. Wiedel gibt es jetzt für uns zu plaudern! Sam, fahre du mit dem Boot zum Schoner hinaus und sag dem Kapitän Mc Night, daß er hierbleibt. Ich bringe ihn nachher an Bord. Und Elias, spring du nach Hause und sag der Mutter, daß wir kommen.“

„Aber daß Sie in den langen Jahren des Schwedische nicht vergessen haben,“ sagte ich, als wir zusammen durch den Wald wanderten. „Es kommt doch wohl nicht oft vor, daß Sie Schwedisch hören? Und daß Ihre Knaben es verstehen!“

„Nein, oft war es nicht der Fall. — Zwölf Jahre werden es wohl sein, seit ich zuletzt jemand aus der Heimat sah. Es war einer aus Jakobslad.“

Er war Segelmacher auf einem Engländer, der östlich von Marshall aufrannte. Sie segelten in zwei Booten nach Poumoto und landeten hier, um Prodiant und Wasser zu holen. Es sah übel mit ihnen aus.

„Und in den ganzen zwölf Jahren sonst niemand!“ rief ich. „Und doch haben Sie den Knaben Ihre Muttersprache gelehrt. Versteht Ihre Frau auch Schwedisch?“

„Ja, sie ist es, die den Jungen das meiste beigebracht hat. Sie konnte schon Schwedisch, als ich sie zuerst sah. Das war vielleicht der Hauptgrund, daß wir uns heirateten und ich hier auf den Inseln blieb. Als kleines Mädchen kam sie zu einer schwedischen Missionarsfamilie auf Tahiti. Aber als sie erwachsen war, und das ist hier ja sehr früh der Fall, nahm der Vater sie fort und brachte sie nach Mongarewa, wo ich damals war, und dann —“ er zögerte etwas, „taten wir uns zusammen. Der Missionar auf Mongarewa hat uns getraut,“ fügte er hinzu, als läge ihm daran mir zu zeigen, daß alles in gehöriger Ordnung sei. „Sie steht und schreibt beinahe besser als ich, auch Englisch. Wir bekommen ja hin und wieder Zeitungen oder dergleichen durch den Missionar. — Da kommt sie!“

Ein helles Kleid tauchte in diesem Augenblick bei der nächsten Biegung des Weges auf. Als sie uns gewahr wurde, blieb sie zögernd stehen.

„Komm, Maria,“ rief Stone. „Hier bringe ich einen Landmann!“

Sie kam heran, streckte mir lächelnd aber voll Würde ihre Hand entgegen und grüßte freundlich.

„Denk nur, Maria, wir stammen beide fast von derselben Insel,“ lachte Stone ganz heiter.

Es war das erste Mal, daß ich ihn lachen hörte. Aber ich sah, daß ein Schatten über das hübsche, sanfte Gesicht seiner

Frau slog. Sie sah sie keine große, grobe Hand, und Seite an Seite wanderten wir drei dem Hause zu.

Der Schiffer hatte recht. Eine prächtige Frau, eine Perle, dachte ich bei mir.

Wie sie mit elastischen Schritten neben dem schwerfälligen, etwas gebeugten Stone herging, gleich sie fast einem jungen Mädchen. Ihr dichtes Haar fiel von einem schmergeraden Scheitel mitten auf dem Kopfe an beiden Seiten bis auf die Schultern. In diesem schwarzen Rahmen erschienen ihre Gesichtsfarbe im Schatten der Bäume überraschend hell. Sie trug ein weites Gewand von dünnem, lichtblauem Stoff, um die Taille von einem breiten Bande zusammengehalten, und an den Füßen hatte sie, ebenso wie Stone, kunstreich aus Gras geflochtene Sandalen.

Ganz wie eine Dame, mußte ich mit dem Schiffer sagen, eine wahre Offenbarung im Vergleich zu den Weibern, die den ganzen Tag über rauchend und schwahnd unter den Bäumen am Landungsplatze herumlungerten, und, sobald man in ihre Nähe kam, um Tabak bettelten.

Wir hatten viel zu plaudern, und die Stunden vergingen im Fluge, bis der Mond vorsichtig über den Waldesrand lugte und eine ganze Flut von silberweißem Licht in die Veranda goß, wo wir saßen. Wir stellten fest, wo Storchalmen lag, mit einem rotgemalten Häuschen, das zwei Fenster nach der See hatte, ein Birkenwäldchen dicht daneben gegen Osten, das Stallgebäude gegen Westen und der Seeschuppen auf einem kahlen Berge am Strande. Ja, ich glaubte mich ganz deutlich der Stelle zu entsinnen.

Der Vater mußte nun auch wohl längst der Mutter im Lode gefolgt sein, vermutlich war der Bruder jetzt Eigentümer der Känerstelle. Es war eine gute Stelle, zwei Kühe, ein Duhend Schafe und ein gutes Fischwasser. Alles, was man hatte, konnte man an Aufkäufer verkaufen, die mit ihren Fischkisten angelegelt kamen und Fische einholten, die sie nach Hellsnors beförderten. Im Sommer gab es dort viel Leben und Bewegung. Sehen konnten kam der Dampfer Nalen vorüber auf seiner Fahrt nach Stockholm, um am Freitag hier er zurück. Aber im Winter war es still. Wenn das Eis schneefrei war, lief man Schlittschuh und konnte in einer Stunde das Festland erreichen. Ja, den einen Winter waren er und der Bruder sogar bis zur Stadt gefahren.

Er veruchte seiner Frau das Eis zu schmelzen, das wie eine dicke Glasscheibe über dem Wasser liegt. Sie hatte immer still dabel gefessen und zugehört, ließ aber ihre großen glänzenden Augen nicht von uns.

(Fortsetzung folgt.)

